

Die soziale Bedingtheit der kleineren Bildungschancen für Mädchen

Autor(en): **Beck, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **57 (1970)**

Heft 21

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-536140>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Argumente zur Abschaffung von Noten und Zeugnissen

N. N.

1. Bildungspolitischer Mißbrauch: Noten und Zeugnisse waren bisher Instrumente zur Herrschaftssicherung einer elitären und selektiven Drei-Klassen-Schule. Sie wurden und werden nicht eingesetzt, um Lernrückstände von Schülern zu dokumentieren mit dem ausschließlichen Ziel, diese Rückstände durch Förderungsveranstaltungen zu kompensieren, sie dienen vielmehr der Stabilisierung eines mittelständisch orientierten Schulsystems, welches die Bevorzugung weniger Privilegierter der maximalen Förderung aller vorzieht.

2. Willkürliche Repression: Noten schaffen Terror, ohne daß sie diesen Terror durch Objektivität der Messung auch nur vordergründig rechtfertigen könnten. Sie sprechen jeder Testtheorie Hohn, denn sie sind weder gültig noch zuverlässig; keiner weiß, was sie eigentlich messen, keiner weiß, ob sie konstant messen, was sie zu messen vorgeben. So kann eine Berliner 4 in Sport mit der Begründung gegeben werden, der Schüler sei fähig aber faul, während in München ein entsprechend benoteter Schüler als willig und untalentierte hingestellt werden kann. Zudem kann es sein, daß derselbe Lehrer dieselbe Leistung in ausgeschlafenen bzw. ungeschlafenen Zustand so oder so bewertet.

3. Ungleiche Verteilung: In den verschiedenen Fächern wird nicht nach gleichen Kriterien benotet. In Hauptfächern gibt es strenge, in Nebenfächern milde Noten. Während in Latein die 4 am häufigsten vorkommt und in Geschichte oder Biologie die 3 überwiegt, geben die Religions- und Musiklehrer am

liebsten die 2. Die meisten Fünfer werden in Latein, Französisch und Mathematik gegeben, die wenigsten in Religion und Musik. Die Verteilung der Noten schwankt von Fach zu Fach. Sie schwankt von Lehrer zu Lehrer, von Schule zu Schule, von Land zu Land.

4. Verschärfte Ausleseideologie der höheren Schule: Die Praxis der Zensurengebung verändert sich in der Abfolge der Schuljahre. Während in der Grundschule ab der 5. Klasse von Jahr zu Jahr milder zensiert wird, benotet man in der Mittel- und in der höheren Schule zunehmend schärfer, obgleich doch die Sitzenbleiber allein schon die Niveauhebung der Restklassen besorgen sollen.

5. Mädchen bevorzugt: Mädchen werden generell besser zensiert, vermutlich, weil sie weniger Disziplinschwierigkeiten machen und mithin als fleißiger gelten.

6. Vorurteile: Das fertige Vorurteil über den «guten» und «schlechten» Schüler beeinflusst die Benotung. In einer Untersuchung von M. Zillig stellte sich heraus, daß in Diktatheften bei «guten» Schülern 39% der Fehler übersehen waren, bei «schlechten» Schülern nur 12%.

7. Prognostische Unzuverlässigkeit: Der Voraussagewert von Schulnoten hinsichtlich späterer Schulleistungen ist gleich Null, vor allem bei Aufnahmeprüfungen. Nach U. Undeutsch könnte man die Schüler der Länge nach aufstellen und die längsten nehmen: Man hätte eine bessere Voraussage im Hinblick auf Abiturerefolg als bei herkömmlichen Aufnahmeverfahren.

Die soziale Bedingtheit der kleineren Bildungschancen für Mädchen

Peter Beck

Die Situation

Die Universität ist ihrem Ursprung nach eine Ausbildungsstätte von Männern für Männer gewesen. Formalrechtlich ist sie dies heute längst nicht mehr, doch allen Gleichheits-

postulaten zum Trotz ist die akademische Ausbildung ein Privileg der Männer geblieben. Wie läßt sich der aus den Zahlen der schweizerischen Studentenstatistik ablesbare krasse Widerspruch zwischen forma-

lem Recht und praktizierter Wirklichkeit erklären? Das am häufigsten gehörte Argument einer naturbedingten geistigen Unterlegenheit der Frau entbehrt jeglicher Grundlage. Erstens beweisen alle vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen, daß Frauen im Durchschnitt nicht weniger intelligent sind als Männer. Zweitens spricht der höhere Prozentsatz an Studentinnen in anderen Ländern und auch in der welschen gegenüber der deutschen Schweiz für eine ebenbürtige intellektuelle Leistungsfähigkeit der Frauen.

Wir müssen die Gründe also auf einer anderen Ebene suchen. Eine nähere Betrachtung verdient die soziale Rolle, die der Frau in unserer Gesellschaft zugeschrieben wird. Wir stoßen dabei auf Faktoren der Sozialstruktur und der ihrer Erhaltung dienenden Ideologien. Die Ungleichheit der Bildungschancen für Mädchen wird sich dann als gesellschaftlich und nicht als biologisch bedingt erweisen.

Die Frau hat in unserer Gesellschaft in erster Linie Ehefrau, Hausfrau und Mutter zu sein. Die Berufswelt ist Domäne des Mannes; er versieht in ihr die Schlüsselstellungen, die Macht und Prestige verleihen. Die Aufgaben des Ehemannes und Vaters erfüllt er gleichsam im Nebenberuf. Die Pflichten der Hausfrau und Mutter summieren sich zum Hauptberuf, die bezahlte Tätigkeit vor oder während der Ehe hat lediglich Übergangscharakter, die beruflichen Ambitionen sind dementsprechend gering. Die Voraussetzung, die der Frau eine Synthese der beiden Bereiche «Familie» und «Beruf» ermöglichen könnten, sind in unserer paternalistisch orientierten Gesellschaft nicht gegeben, weshalb die Frau den entstehenden Rollenkonflikt in der Regel durch eine Abgabe an die berufliche Karriere löst und sich resignierend hinter den Kochtopf zurückzieht.

Diese soziale Wirklichkeit spiegelt sich im gesellschaftlichen Bewußtsein und hat sich längst zur Ideologie des «besonderen weiblichen Wesens» verdichtet, die ihrerseits die bestehenden Verhältnisse zementiert. Das die Dominanz der Männer legitimierende Frauenstereotyp spricht der Frau gerade jene Eigenschaften ab, die sowohl für qualifizierte Berufsarbeit wie für ein Studium von Bedeutung sind: Sachlichkeit, Urteilsfähig-

keit, Intellektualität. Gerne bescheinigt man ihr dagegen Anpassungsfähigkeit, Anlehnungsbedürftigkeit und Bereitschaft zur Unterordnung, also genau die Eigenschaften, die sie zur traditionellen Rolle des Hausmütterchens prädestinieren.

Dieses äußerst wirksame und jeder rationalen Argumentation hartnäckig standhaltende Vorurteil der Unvereinbarkeit von Intelligenz und Mütterlichkeit wird den Mädchen in der Erziehung durch Schule, Elternhaus, Massenmedien usw. so erfolgreich vermittelt, daß sein Inhalt schließlich auch von der Mehrzahl der Frauen selbst als naturgegeben akzeptiert wird. Daß damit die Motivation der Mädchen, ein Studium zu ergreifen, entscheidend geschwächt wird, liegt auf der Hand. Dies trifft ganz besonders zu für die Töchter aus tieferen sozialen Schichten, zeigt doch eine Analyse der sozialen Herkunft der Studentinnen, daß der prozentuale Anteil der Arbeitertöchter noch wesentlich tiefer liegt als der entsprechende Anteil der Arbeitersöhne. Doch zeigt die prozentuale Verteilung der Studentinnen auf die einzelnen Fachrichtungen, welche Auswirkungen die beschriebene Weiblichkeitsideologie auch auf die Töchter der Oberschicht hat, aus welcher sich der größte Teil der Studentinnen rekrutiert:

Jede dritte Studentin entscheidet sich für ein Studium der Geisteswissenschaften, dagegen nur jede siebente für ein naturwissenschaftliches Studium und gar nur jede fünf- undzwanzigste für eine Ausbildung in den Ingenieurwissenschaften. Der größte Teil der Studentinnen der Geisteswissenschaften wird sich zur Sekundar- oder Mittelschullehrerin ausbilden lassen, zu einem der wenigen akademischen Berufe also, in dem die Frau keine Diskriminierung erfährt und der zudem noch am ehesten auch nach der Verheiratung weiter ausgeübt werden kann. Dazu kommt noch, daß an der geisteswissenschaftlichen Fakultät das traditionelle humanistische Bildungsideal am ausgeprägtesten erhalten geblieben ist, so daß das Studium den Stellenwert einer standesgemäßen Allgemeinbildung oder einer geistreichen Vorbereitung auf die Ehe erhält.

Die außerordentlich geringe Anzahl von Mädchen in den technischen Wissenschaften widerspiegelt das gesellschaftliche Vorurteil, Frauen seien zu technischem Denken

nicht fähig; das Studium ist hier zudem stark berufsbezogen und mündet in Berufe, in denen die Frau ausgesprochen diskriminiert wird, viel stärker als etwa in den medizinischen Berufen, weshalb sich denn auch ein recht großer Teil der Studentinnen an der medizinischen Fakultät immatrikuliert. Soweit die Feststellung der Bildungssituation der Frau in unserer Gesellschaft und der Versuch einer Interpretation.

Die Zukunft

Es bleibt zu fragen, was getan werden müßte, damit das formal bestehende Recht auf Gleichheit der Bildungschancen für Mädchen tatsächlich realisiert werden könnte. Zuallererst wäre an unserem Bildungssystem selbst anzusetzen, und zwar nicht nur bei der Hochschule, sondern bereits bei der Grundschule und bei der Mittelschule. Die dort vermittelten Bildungsinhalte wären zu überprüfen und vermehrt auf die Berufs- und Arbeitswelt unserer Industriegesellschaft auszurichten. Die ganz besonders bei Maturandinnen immer wieder festzustellende unrealistische Vorstellung über Studien- und Berufsmöglichkeiten könnten damit teilweise behoben werden. Auch außerhalb der Schule müssen die Informationsmöglichkeiten über akademische Ausbildungen und Berufe erheblich verbessert werden, soll die heute bestehende sogenannte Informationsdistanz abgebaut werden, die bildungsferne Bevölkerungsgruppen, also auch die Mädchen, besonders benachteiligt. Dringlich ist sodann eine Reform der Studiengänge an den Hochschulen. Eine klarere Reglementierung des Studiums muß keineswegs eine Einschränkung der vielgepriesenen «akademischen Freiheit» bedeuten, sondern ist im Gegenteil deren Voraussetzung, denn die erschreckende Desorientiertheit in einem anonymen Großbetrieb, als den sich die Universität heute präsentiert, führt für die aus der Geborgenheit der Mittelschule entlassenen Studienanfänger sehr oft zu falscher Fächerwahl und unrationeller Gestaltung des Studienplans. Die daraus resultierenden Enttäuschungen führen dann ganz besonders bei Mädchen, deren Studienmotivationen meist schwächer und deren durch Erziehung erworbene Fähigkeit zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit geringer sind, sehr oft

zu einem vorzeitigen Studienabbruch. Ebenso drängt sich eine erhebliche Verkürzung der Studiendauer auf; damit würde u. a. die für sehr viele Mädchen heute bestehende Alternative «Studium oder Heirat» entschärft und ein «Sowohl-als-auch» sehr viel häufiger in Betracht gezogen. Schließlich wäre mit einem großzügigen Ausbau des Stipendienwesens und allenfalls mit der Einführung eines Studienhonorars eine die Mädchen stärker als die Knaben behindernde finanzielle Barriere zum Studium abzubauen. Durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von den Eltern könnte sich die Studentin den oft starken Widerständen der Familie gegen ein Studium eher entziehen und die für einen Studienerfolg entscheidend wichtige affektive und geistige Autonomie erlangen.

Die hier angetönten Reformen des Bildungswesens müßten ergänzt werden durch Maßnahmen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, die der Akademikerin erst eine sinnvolle Anwendung der im Studium erworbenen Kenntnisse ermöglichen würden. Ich denke dabei zuallererst an die Gewährung der gleichen politischen Rechte für die Frau und deren volle Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, aber auch an Maßnahmen, die ihr erst eine konfliktfreiere Ausübung der Familien- wie der Berufsrollen ermöglichen würden, wie z. B. die vermehrte Schaffung von akademischen Halbtagsstellen, aber auch die Eröffnung von zusätzlichen Kinderhorten sowie von Ganztageschulen.

All diese Reformen könnten die Bedingungen dafür schaffen, daß das für eine demokratische Gesellschaft selbstverständliche Postulat der Gleichheit der Bildungschancen und damit das Recht auf Selbstverwirklichung auch für Mädchen materiell verwirklicht werden kann. Es sind allerdings nur die äußeren Bedingungen; die ideologischen Widerstände gegen das Frauenstudium, von denen zu Beginn die Rede war, werden damit selbstverständlich nicht gleichzeitig aus der Welt geschafft. Immerhin sind sie die Voraussetzung dafür, daß die Frauen die gesellschaftlichen Positionen erreichen können, von denen aus sie selbst das soziale Vorurteil der naturgegebenen geistigen Unterlegenheit der Frau als ideologische Rechtfertigung für eine rational nicht vertretbare gesellschaftliche Ungleichheit zu

entlarven vermögen. Für diejenigen, denen eher mit ökonomischen denn mit demokratischen Argumenten beizukommen ist, sei schließlich gesagt, daß die bei uns bestehende Ungleichheit der Bildungschancen in krassem Widerspruch steht zu dem, was eigentlich objektives Interesse der Gesellschaft sein müßte: die Ausschöpfung des gesamten vorhandenen Bildungspotentials, einschließlich dessen der Frauen.

Schweizerische Studentenstatistik 1968/69: Anteil der Studentinnen

	Total	♀	in %	% ver- tikal
Theologie	888	93	10,47	1,10
Recht	3 400	415	12,20	5,00
Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften*	6 301	787	12,49	9,50
Medizin	6 725	1 372	20,40	16,60
Philosophie I	6 638	2 771	41,74	33,50
Philosophie II	5 438	1 187	21,82	14,40
Übrige (Institut des sciences de l'édu- cation, Genf, Ecole d'interprètes, Genf, u. ä.)	1 760	1 265	71,87	15,30
ETH Zürich und ETH Lausanne	6 998	385	5,50	4,60
	38 148	8 275	21,69	100,00

* eingeschlossen Hochschule St. Gallen

Quelle: Studentenstatistik Wintersemester 1968/69

Universitäten	Total	♂	♀	% ♀
Basel	4 013	3 169	844	21,03
Bern	4 826	3 876	950	19,68
Freiburg	3 001	2 463	538	17,92
Genf	5 384	3 167	2 217	41,17
Lausanne	3 321	2 264	1 057	31,82
Neuenburg	1 340	964	376	28,05
Zürich	7 923	6 066	1 857	23,43
ETH Zürich	5 771	5 445	326	5,64
ETH Lausanne	1 227	1 168	59	4,80
Hochschule St. Gallen	1 342	1 291	51	3,80
Insgesamt	38 148	29 873	8 275	21,69

Umschau

Die Schule der Zukunft ...

S.- Mehr und mehr richtet man sich in Betrachtungen über die Reformen unserer Schulen in die Zukunft. Auch die Lehrerkreise beschäftigen sich ernsthaft und — das sei anerkannt — mit hohem Pflichtbewußtsein mit der zeitentsprechenden Erneuerung des Schulwesens. Gleitet man aber ab von den theoretischen Überlegungen in die schließlich entscheidende Praxis, offenbaren sich die verschiedenartigsten Meinungen. Und doch wird man sich eines Tages über die Kantons-
grenzen hinweg — auch ohne Diktat des Bundes — verständnisvoll finden müssen.

Im Kanton Aargau befaßte sich eine Konferenz mit Vertretern aller Schulstufen — einberufen vom Aargauischen Lehrerverein — mit der «Schule 1980», weil man sich in begrüßenswerter Weise um ein richtungsweisendes Leitbild für die Schule der Zukunft bemüht. Anwesend war auch der Sekretär der kantonalen Leitbildkommission, Dr. W. Schläpfer. Wie das «Schulblatt für die Kantone Aargau und Solothurn» in seiner Ausgabe vom 21. August 1970 schreibt, zeichnet sich eine erstaunliche Einmütigkeit in allen grundsätzlichen Fragen ab. «Unsere Schulorganisation mit den drei Zügen der Oberstufe hat wohl weitgehende Reformen notwendig. Sie besitzt aber gegenüber andern Kantonen eindeutige Vorteile: insbesondere ist hier an unsere weit dezentralisierte Bezirksschule zu denken, welche nicht nur der Vorbereitung auf die Kantonsschule dient, sondern auch die Entscheidung für den künftigen Beruf viel länger offen läßt, als dies anderwärts möglich ist. Weil unsere Schulorganisation sich bewährt hat, besteht nach Ansicht aller keine Notwendigkeit, sie niederzureißen, um etwas völlig Neues an deren Stelle zu setzen.»

Das Ziel des Unterrichts soll die Erziehung zum Menschen sein, der sich unter seinen Mitmenschen zurechtfindet. Keinesfalls dürfen die Kinder frühzeitig zu Spezialisten abgerichtet werden. Erfreulich ist in dieser Mitteilung die Feststellung, daß sich diese Schulorganisation bewährt hat. Es drängt sich höchstens die Frage auf, wie man sich bei einer kommenden Koordination im Schulwesen über die Kantons-
grenzen hinweg verhalten wird. In jedem Kanton ist man wohl der Meinung, daß seine Schulorganisation die richtige sei. So wird es keineswegs leicht fallen, sich interkantonal oder regional — und später gesamtschweizerisch — so zu verständigen, daß eine weit größere Einheit im äußern Aufbau der Schulen wie im Unterricht ganz allgemein erzielt werden kann.

Und doch: Wir müssen uns allmählich daran ge-